

Sitzung vom 4. November 2020

1063. Anfrage (Projekt «Teilhabe» der JI)

Kantonsrätin Christina Zurfluh Fraefel, Wädenswil, sowie die Kantonsräte Fabian Müller, Rüschlikon, und Jürg Sulser, Otelfingen, haben am 24. August 2020 folgende Anfrage eingereicht:

Mit dem Schreiben vom 13.8.2020 (RRB 710/2020) informiert die Vorsteherin der Direktion der Justiz und des Innern, Frau Regierungsrätin Jacqueline Fehr, über das Projekt «Teilhabe» zur Erhaltung und Förderung der Teilhabe in verschiedenen Bereichen. Mittels dieses Projektes und weiteren Massnahmen soll die Stärkung der Teilnahme aller Menschen im Kanton Zürich am gesellschaftlichen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben ermöglicht werden.

In diesem Zusammenhang und vor dem Hintergrund der Streichung des Gemeindeforums bitten wir den Regierungsrat, uns folgende Fragen zu beantworten:

1. Weshalb sieht der Regierungsrat die Möglichkeit zur Teilnahme am gesellschaftlichen, politischen, kulturellen oder wirtschaftlichen Leben im Kanton Zürich mit den heutigen Instrumenten und Regelungen als ungenügend?
2. Sind weitere Projekte mit der gleichen Stossrichtung oder derselben Direktion in Vorbereitung oder in Arbeit?
3. Falls ja, welche sind das?
4. War das Projekt per Budget 2020 bereits bekannt? Wenn ja, weshalb werden solche neuen Projekte, für welche weder per Gesetz noch seitens Kantonsrat ein Auftrag besteht, nicht offengelegt und proaktiv kommuniziert? Wenn nein, wie rechtfertigt es sich, ein solches Projekt ausserhalb des Budgets zu lancieren?
5. Welche Kosten sind für das Projekt «Teilhabe» und allfällig weitere Projekte/Konzepte wurden bereits ausgegeben oder sind budgetiert oder angedacht? (Bitte um Auflistung pro Projekt in Franken und Angabe der Leistungsgruppen)
6. Welche personellen Ressourcen sind für das Projekt «Teilhabe» und allfällig weitere Projekte/Konzepte bereits verbraucht worden oder sind geplant oder angedacht? (Bitte um Auflistung pro Projekt in FTE)
7. Wie erfolgt jeweils die Güterabwägung zwischen zusätzlichen Projekten und fest geplanten Projekten, wie das Gemeindeforum, welches budgetiert und dann gestrichen wurde?

Auf Antrag der Direktion der Justiz und des Innern

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Christina Zurfluh Fraefel, Wädenswil, Fabian Müller, Rüschlikon, und Jürg Sulser, Otelfingen, wird wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Der Regierungsrat hat das Thema «Teilhabe» zu einem Legislaturschwerpunkt gemacht, weil er vom Wert und der Notwendigkeit der Teilhabe möglichst breiter Bevölkerungskreise am gesellschaftlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leben überzeugt ist. Er schätzt die aktuelle Situation jedoch nicht als ungenügend ein. Vielmehr geht es darum, diese Teilhabe auch längerfristig zu erhalten und einer Entwicklung vorzubeugen, wo sich Menschen nicht mehr gehört, nicht mehr vertreten und nicht mehr wahrgenommen fühlen. Wie in RRB Nr. 710/2020 beschrieben, ist es deshalb ein wichtiges Ziel des Projekts «Teilhabe», die Arbeit, die in der kantonalen Verwaltung in diesem Bereich geleistet wird, besser zu vernetzen und sichtbar zu machen.

Zu Fragen 2 und 3:

Das Programm des Projekts «Teilhabe» ist in RRB Nr. 710/2020 festgehalten, alle Informationen können dem Beschluss entnommen werden.

Zu Fragen 4–6:

Im Vordergrund stehen Projekte, die sich in den ordentlichen Verwaltungsauftrag integrieren lassen und keine zusätzlichen Kosten verursachen (z. B. Aufbrechen von Silos und gezielte Vernetzung zwischen verschiedenen Ämtern, vorhandene Aktivitäten sichtbar machen, einfachere Sprache usw.). In der laufenden Legislatur sollen drei konkrete Projekte umgesetzt werden. Das erste Projekt befasst sich mit der Vernetzung der bereits geleisteten Teilhabearbeit innerhalb der kantonalen Verwaltung. Es wird im Rahmen der ordentlichen Aufgabenerfüllung bearbeitet und erfordert keine zusätzlichen Ausgaben. Mit dem zweiten Projekt soll die Verwaltung zugänglicher gemacht werden. Auch dieses Projekt wird im Rahmen der ordentlichen Aufgabenerfüllung erledigt. Weitere Arbeiten dazu, die zusätzliche Ausgaben erfordern würden, sind zu diesem Zeitpunkt nicht in Angriff genommen worden und können deshalb nicht ausgewiesen werden. Das dritte Projekt zur Stärkung der organisatorischen Strukturen des Dachverbands der muslimischen Gemeinden im Kanton Zürich befindet sich in der Initialisierungsphase. Insgesamt wird dafür bis Ende der Legislatur mit Ausgaben von Fr. 300 000 gerechnet.

Zu Frage 7:

Der Kantonsrat hat im Rahmen der Budgetberatung für das Jahr 2020 das Budget des Gemeindeamtes gekürzt. Das Gemeindeforum war in der Leistungsgruppe Nr. 2207, Gemeindeamt, budgetiert und die Globalbudgetierung wird auf Leistungsgruppenebene vorgenommen. Es war dem Kantonsrat vor der Beschlussfassung bekannt, dass damit das Gemeindeforum 2020 gefährdet war.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Direktion der Justiz und des Innern.

Vor dem Regierungsrat
Die Staatsschreiberin:
Kathrin Arioli